

Ab in die Wüste

01.12.2017

BERLIN/PARIS/TRIPOLIS (Eigener Bericht) - Berlin und Paris treiben die Massenabschiebung von Flüchtlingen aus Libyen voran und wollen nicht abschiebbare Flüchtlinge in La zwei Wüstenstaaten Nordafrikas festsetzen. Dies haben Bundeskanzlerin Angela M Präsident Emmanuel Macron gemeinsam mit weiteren Staats- und Regierungschef Europa und Afrika beschlossen. Demnach sollen Mitarbeiter des UNHCR und der International Organization for Migration (IOM) Migranten in Libyen überprüfen. Wer Fluchtgründe geltend machen kann, wird in Lager in Niger und Tschad gebracht und europäische und außereuropäische Länder weiterverteilt werden. Alle anderen werden Kosten afrikanischer Staaten in ihre Herkunftsländer gebracht. Mit dem Vorstoß konzepte zum Tragen, wie sie in Australien gegen Protest der UNO und verschiedene Menschenrechtsorganisationen praktiziert werden und wie sie der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) schon 2004 vorgeschlagen hat. Zu ihrer Realisierung ist ein Militäreinsatz in Libyen im Gespräch.

Der Abschiebendeal

Der Deal, auf den sich Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron sowie die Staats- und Regierungschefs einiger weiterer Länder Europas und Afrikas am Rande des zu Ende gegangenen EU-Afrika-Gipfels geeinigt haben, sieht die Massenabschiebung von Flüchtlingen aus Libyen vor. Demnach wird die sogenannte libysche Einheitsregierung Vertretern des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sowie der International Organization for Migration (IOM) Zugang zu Flüchtlingslagern im Land gewähren. Dort sollen UNHCR und IOM prüfen, wer von den Lagerinsassen politischer Verfolgung oder Krieg geflohen ist. Alle, auf die dies laut Auffassung der Prüfer nicht zuzutreffen wird, werden unmittelbar in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Die Feststellung ihrer Personalien sowie Ausstellung womöglich notwendiger Reisedokumente sollen afrikanische Staaten übernehmen - anschließend auch Abschiebeflüge organisieren und bezahlen. Alle, die die Prüfer als politische Kriegsflüchtlinge identifizieren, werden hingegen in die Wüste außerhalb Libyens verbracht - in Libyen, Niger oder im Tschad.[1] Dort sollen sie sich um die Aufnahme in einem Drittstaat bewerben können, innerhalb, aber auch außerhalb Europas liegen kann. Zu ihrer Aufnahme soll offenbar kein Land bereit sein; es handelt sich laut aktuellem Stand lediglich um ein rechtlich unverbindliches "Anspruch

Das australische Modell

Wenngleich viele Fragen offen bleiben, zeichnet sich mit dem Plan doch der weitere Übergang zum australischen Modell der Flüchtlingsabwehr ab. Australien verbindet eine vollständige Abriegelung seiner Seegrenzen mit der Einrichtung von Internierungslagern außerhalb seines Hoheitsgebiets; in die werden ausnahmslos alle bei der versuchten Einreise aufgegriffenen Flüchtlinge verbracht. Dort können sie einen Asylantrag stellen; ein Recht auf die Aufnahme in Australien erhalten sie dadurch aber nicht.

Stattdessen hat Canberra eine Vereinbarung mit Kambodscha geschlossen, die vorsieht, dass Flüchtlinge aus den Internierungslagern dorthin übersiedeln dürfen. Kambodscha gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Die einzige Alternative für die Flüchtlinge besteht darin, in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Internierungslager auf Nauru und auf Manus (Papua-Neuguinea), die Australien bislang nutzt bzw. hat, sind für ihre katastrophalen Lebensbedingungen berüchtigt; Missbrauch und Gewalt sind dort in der Tagesordnung, es kommt häufig zu Suizidversuchen. Menschenrechtsorganisationen haben die Lager der Flüchtlinge offen als "Folter" eingestuft.[2] Das Lager auf Manus ist inzwischen geschlossen. Unter skandalösen Umständen geräumt worden: Uniformierte gingen mit Stöcken gegen wehrlose Flüchtlinge und zerstörten dabei deren letzte Habe. Die Flüchtlinge, die Manus nicht verlassen dürfen, fürchten nun gewalttätige Übergriffe der feindlich gesinnten Bevölkerung.

Keine Aufnahmepflicht

Bereits der EU-Flüchtlingsabwehrdeal mit Ankara vom März 2016, der maßgeblich auf Betreiben der Bundesregierung zustande gekommen ist, weist klare Parallelen zum australischen Modell auf. Es geht noch vor, dass Flüchtlinge, die es über die Türkei bis auf griechische Inseln schaffen, dort formal beantragen dürfen; weil die Türkei aber als sicheres Drittland gilt, können sie - dem Grundgedanken jederzeit dorthin abgeschoben werden. Damit sitzen sie außerhalb des EU-Territoriums fest. Alle Flüchtlinge, die sich in Ankara noch zusichern lassen, im Gegenzug Migranten in die EU überstellen zu dürfen. Dies ist im Falle der Lager in Niger und Tschad mutmaßlich nicht mehr gegeben. Die EU wäre mit ihnen - ähnlich Australien mit dem Lager auf Nauru - jegliche Verpflichtung zur Aufnahme der Flüchtlinge los.

"Migration steuern"

Mit Australien stehen deutsche und andere europäische Stellen in Sachen Flüchtlingsabwehr seit Jahren in Kontakt. Bereits im April 2015 warb die australische Außenministerin Julie Bishop in Berlin anlässlich von Gesprächen mit ihrem Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier für die brutale Abschottungspolitik ihres Landes. Mitte 2016 sprach sich Österreichs Außenminister Sebastian Kurz über die Übernahme des australischen Modells aus (german-foreign-policy.com berichtete [3]). Im November schloss sich das Bundesinnenministerium dem Vorstoß im Grundsatz an: Es plädierte dafür, Flüchtlinge auf dem Mittelmeer aufzugreifen und sie unmittelbar nach Nordafrika zurückzuschicken.[4] Vor vier Jahren nutzte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einen Besuch in Australien, um sich mit der dortigen Regierung über deren Flüchtlingsabwehr auszutauschen. Man müsse ohne Zweifel "die Migration unserer Maßgaben kontrollieren und steuern", erklärte Steinmeier in einem australischen Presseinterview.[5]

Schilys Lager

Dabei kann die Urheberschaft für den Plan, Lager in Afrika zu errichten und Flüchtlinge dorthin zurückzuschieben, Steinmeiers Parteikollege Otto Schily beanspruchen. Migration bedürfe "der Kontrolle und der strikten Begrenzung", schrieb Schily im Juli 2004 in einem Zeitungsbeitrag.[6] Würden Flüchtlinge auf dem Mittelmeer aus Seenot gerettet, müssten sie "in die Herkunftsländer oder die Transitstaaten zurückgeführt werden". Nun dürften zwar Menschen, die "Fluchtgründe nach der Genfer Flüchtlingskonvention geltend" machten, nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden. Doch in diesem Fall "die Prüfung der Fluchtgründe in einer von der EU probeweise in einem nordafrikanischen Staat mit dessen Billigung einzurichtenden Außenstelle" vornehmen. Ohnehin sollten "Menschen

Recht auf Fluchtgründe berufen", am besten "in der Nähe ihres Heimatlandes" Aufnahme finden. Zusammenhang sprach Schily sich schon damals explizit für die Errichtung von Flüchtlingslager Nordafrika aus.[7] Damals ist in seinem Innenministerium der Jurist Jan Hecker tätig gewesen - Persönlicher Referent des Staatssekretärs für den Sicherheits- und Migrationsbereich. Hecker, d zum Leiter des Koordinierungsstabs Flüchtlingspolitik im Bundeskanzleramt berufen wurde, ist s als außenpolitischer Chefberater der Kanzlerin tätig. Beobachter spekulieren schon, inwieweit in Flüchtlingsabwehrdeal "die Handschrift von Hecker erkennbar ist".[8]

Mit militärischer Gewalt

Zu den gänzlich ungeklärten Fragen des aktuellen Flüchtlingsabwehrdeals zählt, wie der Zutritt z Lagern in Libyen durchgesetzt werden soll. Diese werden in der Regel von Milizen betrieben; die Einheitsregierung, die beim EU-Afrika-Gipfel ihre Unterstützung für den neuen Deal zugesichert h kontrolliert - höflich formuliert - nur geringe Teile des Landes und kann die Durchführung der UN IOM-Prüfung nicht zuverlässig garantieren. In Einzelfällen sind Abschiebungen bereits gelungen; November meldete der UNHCR, die ersten 25 Flüchtlinge aus Libyen nach Niger gebracht zu hab nun - ohne rechtlichen Anspruch - auf die Umsiedlung in andere Länder warten. Es handelt sich c zuzufolge um Flüchtlinge aus Eritrea, Äthiopien und Sudan. Die IOM hat darüber hinaus in diesem v mehr als 10.600 Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer rückgeschoben - offiziell auf freiwilliger Basis Abschiebeflüge sind angekündigt; sie betreffen ein Lager mit 3.800 Flüchtlingen in der Nähe von und sollen in Kürze mit marokkanischen Flugzeugen bewerkstelligt werden.[10] Der französische Macron dringt nun zusätzlich darauf, ergänzend bewaffnete Einheiten nach Libyen zu senden, ur Zutritt zu allen Flüchtlingslagern und die Abschiebeoperationen gegen den Willen einschlägiger l Milizen sicherzustellen. Er spreche sich für den Einsatz von Polizei und Militär aus, bekräftigte M Rande des EU-Afrika-Gipfels in Abidjan. Die Diskussion dauert an.

Mehr zum Thema: [Öl, Lager und Sklaven](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/>)

[1] Robin Alexander: Merkels spontaner Flüchtlings-Deal für Libyen. welt.de 30.11.2017.

[2] Regierung zahlt 48 Millionen Euro an klagende Asylsuchende. zeit.de 14.06.2017.

[3] S. dazu [Die Abriegelung des Mittelmeers](https://www.german-foreign-policy.com/news/deta) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/deta>)

[4] Manuel Bewarder, Marcel Leubecher: Europa soll Flüchtlinge direkt nach Afrika zurückschicke 06.11.2017.

[5] S. dazu [Flüchtlingsabwehr im Pazifik](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7>)

[6] Otto Schily: Afrikas Probleme in Afrika lösen. faz.net 23.07.2004.

[7] S. dazu [Schilys Schleuser](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/1050/) (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/1050/>).

[8] Manuel Bewarder, Marcel Leubecher: Europa soll Flüchtlinge direkt nach Afrika zurückschicke 06.11.2017.

[9] Aidan Lewis: U.N. evacuates first group of refugees from Libya to Niger. in.reuters.com 13.11

[10] Europäer wollen Migranten aus Libyen ausfliegen. Frankfurter Allgemeine Zeitung 01.12.201



[info@german-foreign-policy.com \(mailto:info@german-foreign-policy.com\)](mailto:info@german-foreign-policy.com)

